Desaster Atommüllentsorgung

50 Jahre nach dem Beginn der so genannten zivilen Atomenergienutzung stehen wir vor einem unübersehbaren Berg: Zigtausende Tonnen hoch-, mittel- und schwachradioaktiver Abfälle. Eine Lösung, wie diese für rund eine Million Jahre sicher abgeschirmt von der Umwelt dauerhaft gelagert werden können, gibt es weltweit nicht.

Vier Atommülllager in Deutschland

Seit Mitte der 70er Jahre wird der Salzstock unterhalb von Gorleben angeblich »ergebnisoffen« auf seine Eignung für die dauerhafte Lagerung hochradioaktiven Mülls geprüft. Real wird aber schon der Betrieb vorbereitet. Für die schwach- und mittelaktiven Abfälle wird derzeit das alte Erzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter ausgebaut. Als Erbe der deutschen Wiedervereinigung hat die Bundesrepublik das Atommülllager Morsleben übernommen. Neben Atommüll aus der ehemaligen DDR lagern hier auch Abfälle aus westdeutschen Atomanlagen. Außerdem gibt es die ASSE II, wo bis Anfang der 70er Jahre zu vermeintlichen Forschungszwecken Atommüll eingelagert wurde.

Fliegen ohne Landebahn

Die Atommüllentsorgung spielte in den Anfangsjahren der Atomwirtschaft keine Rolle. Erst Ende der 70er Jahre, als der Widerstand gegen den Bau von AKW in der Bevölkerung wuchs, gewann das Thema an Bedeutung.

Per Gericht wurde 1976 für das AKW Brokdorf ein vierjähriger Baustopp verhängt, weil u.a. die Entsorgung des Atommülls völlig ungeklärt war. In aller Eile entwickelte damals die Politik ein Entsorgungskonzept, in dem ein »Nukleares Entsorgungszentrum« mit einem Endlager in Gorleben im Zentrum stand.

Um die Zeit bis zu einer Inbetriebnahme zu überbrücken, erklärte die Bundesregierung den anfallenden Atommüll aus den Brennelementen kurzerhand zum Wertstoff. Denn durch den Einsatz im Atomreaktor entstand in den Brennelementen neues spaltbares Plutonium. Dieses sollte als Wertstoff abgetrennt und später als neuer Brennstoff für so genannte Brut-Reaktoren eingesetzt werden. Die hochradioaktiven Brennelemente wurden als Wertstoff in die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) nach Frankreich (La Hague) und später auch nach England (Sellafield) gebracht. Daran wurde sogar noch festgehalten, als die Plutonium-Wirtschaft in Deutschland mit dem Schnellen Brüter in Kalkar, der Plutoniumfabrik in Hanau und der WAA Wackersdorf längst aufgegeben worden war. Dies war bis zum Jahr 2005 »Entsorgungspraxis«. Der hochradioaktive WAA-Abfall ist aber nicht aus der Welt: Seit Jahren wird er mit Castortransporten in das oberirdische Zwischenlager nach Gorleben gebracht.

Von Zwischenlager zu Zwischenlager

Rechtlich fungierte das beschriebene System als Entsorgungs-Vorsorge-Nachweis und sicherte so den Betrieb der AKW in Deutschland. Die rot-grüne Bundesregierung beendete 2005 diesen Weg über die Wiederaufarbeitung – nicht zuletzt wegen der enormen Kosten. An allen AKW wurden nun so genannte Standort-Zwischenlager errichtet. Belüftete Hallen, in denen die bestrahlten Brennelemente in Castorbehältern für rund 40 Jahre bis zu einer Endlagerung abgestellt werden. Seitdem wachsen die Atommüllberge an den AKW-Standorten weiter an.

Alternative Standortsuche

Die rot-grüne Bundesregierung verhängte im Jahr 2000 ein zehnjähriges Moratorium für die Arbeiten in Gorleben und sprach sich für eine Suche nach alternativen Standorten zur Endlagerung der hochradioaktiven Atomabfälle aus. Der Arbeitskreis Endlagerung (AkEnd) entwickelte – besetzt mit AtomkraftkritikerInnen und -Befürwortern – ein Rahmenkonzept, das Grundlage für ein Entsorgungsgesetz werden sollte. Doch die Regierung setzte das nicht um. Ende 2010 hob die schwarz-gelbe Bundesregierung das Moratorium auf und erhöht seitdem den Druck auf Gorleben als Standort für ein Endlager.

Ohne Ende Gorleben ?

Für die hochradioaktiven Abfälle ist Gorleben seit 1977 als Endlager vorgesehen. Seitdem läuft offiziell die „ergebnisoffene" Erkundung des Salzstocks. Ungeklärt ist allerdings: Welche Kriterien muss ein Salzstock zur dauerhaften Lagerung und Abschirmung des hochradioaktiven Mülls für einen Zeitraum von einer Million Jahre erfüllen? Und braucht man nicht wenigstens einen alternativen Vergleichs-Standort?

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestages zu Gorleben hat im Oktober 2010 bestätigt, was schon Ende der 70er Jahre im Grunde klar war: Gorleben ist unter dem enormen politischen Druck, dass das gesamte Atomprogramm wegen der fehlenden Entsorgung zum Stillstand kommen könnte, zum Endlager-Standort gemacht worden. Eine fachgerechte Auswahl, in der nach sicherheitsrelevanten und geologischen Kriterien unterschiedliche Orte wissenschaftlich bewertet wurden, gab es nicht. Gorleben ist allein aus politischen Gründen ausgewählt worden.

Kein Wunder also, wenn über Jahrzehnte an Gorleben festgehalten wurde, obwohl ein geschlossenes wasserabweisendes Deckgebirge oberhalb des Salzstocks fehlt und man im Salz auf so genannte Laugennester - mit Wasser gefüllte Einschlüsse im Salz - traf. Seit den 70er Jahren ist den Behörden auch bekannt, dass unter und im Salzstock Gasvorkommen liegen. Dies kann zu Rissen im Salz führen, sogar Explosionen wären denkbar. Die Behörden verschwiegen diese Gasfunde einfach. Erst vor wenigen Jahren wurde dies aufgedeckt.

Noch mehr Atommüll für Gorleben?

Obwohl Gorleben völlig ungeeignet ist, wird immer mehr strahlender Müll für die dauerhafte Lagerung eingeplant. Bislang sollten vor allem hochradioaktive Brennelemente eingelagert werden, rund 44.800 m³. Inzwischen ist von 105.500 m³ die Rede. Ein Großteil dieser zusätzlichen Menge soll abgereichertes Uran aus der Herstellung von Brennelementen sein. Noch vor wenigen Jahren galt auch diese strahlende Hinterlassenschaft als »Wertstoff« und wurde zur vermeintlichen Wiederaufarbeitung von der Urananreicherungsanlage in Gronau quer durch Europa nach Russland transportiert. Dort wird der Atommüll jedoch nur unter abenteuerlichen Bedingungen unter freiem Himmel gelagert. Massive Prostete sorgten erst vor kurzem dafür, dass die Verträge mit Russland gekündigt wurden.

Alternativen zu Gorleben?

Nach dem Unfall in Fukushima im März 2011 hat Bundesumweltminister Röttgen nun angekündigt, ein Endlager-Suchgesetz auf den Weg zu bringen. Mit dem Gesetz sollen weitere mögliche Standorte ermittelt und auf ihre Eignung untersucht werden. Die Arbeiten in Gorleben sollen aber fortgesetzt und so weiterhin Fakten geschaffen werden. Dafür, dass das Gesetz ein »Gorleben-Findungs-Gesetz« werden könnte, spricht auch, dass die Bundesregierung für 2012 eine »vorläufige Sicherheitsanalyse« angekündigt hat. Die soll den Stand der »Erkundung« von Gorleben bewerten und die noch verbleibenden »Fragen« klären. Angesichts der politischen Interessen und der an dieser Studie beteiligten Wissenschaftler, die teilweise im Dienst von Atomkonzernen stehen, ist zu erwarten, dass Gorleben – bis auf einige noch zu klärende Dinge – für geeignet erklärt wird.

Morsleben–gefährliches Erbe

Mit der Wiedervereinigung übernahm die Bundesrepublik von der DDR das Atommülllager Morsleben. Während vieles in der DDR als marode angesehen wurde, war die westdeutsche Atomwirtschaft über Morsleben erfreut: Ihre Atommüllberge wuchsen immer mehr und Lagermöglichkeiten gab es kaum. Bis zum Februar 1991 wurden durch die DDR ca. 14.432 m³ schwach- bzw. mittelradioaktiver Abfall und 6.227 Stück umschlossene Strahlenquellen eingelagert. Nach der Wiedervereinigung übernahm das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) das Endlager. Bis 1998 – als es per Gerichtsbeschluss geschlossen wurde – ist aus westdeutschen Atomanlagen fast das Doppelte zusätzlich eingelagert worden; noch einmal rund 22.320 m³. Schon zu DDR-Zeiten gab es massive Sicherheitsbedenken. Die Standfestigkeit galt als kritisch und damit bestand die Möglichkeit von Wassereinbrüchen (siehe auch ASSE II). Schon in den 90ern versuchte das Landesumweltministerium von Sachsen-Anhalt das Atommülllager stillzulegen. Vergebens: Die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel konnte keine Sicherheitsmängel erkennen und ließ den Weiterbetrieb per Weisung zu.

Da es mehrfach zu Deckeneinstürzen gekommen war, musste das BfS von 2003 bis zum Mai 2011 mit umfangreichen Arbeiten die Stabilität des Salzstocks verbessern: Er wurde mit Salzbeton aufgefüllt. So meint man, eine Basis für die Langzeitsicherheit erreicht zu haben. Derzeit läuft das Genehmigungsverfahren, um Morsleben trotz aller Risiken als Endlager zu verschließen.

ASSE II – Atommüll unter Wasser

Bis Anfang der 70er Jahre wurde in der ASSE II angeblich die Endlagerung erforscht. Rund 126.000 Atommüllfässer lagern seitdem in dem maroden Salzstock. Durch unkontrollierte Wasserzutritte und den Einsturz des Grubengebäudes könnte es zu einer Freisetzung von Radioaktivität kommen.

2009 übernahm das BfS den Betrieb der ASSE vom Helmholtz-Zentrum. Endlich wurde das Bergrecht durch das Atomgesetz abgelöst. Fast endlos ist die Liste der Sauereien, die in der ASSE stattgefunden haben. Nicht nur schwach- und mittelaktive Abfälle sind einfach abgekippt worden, auch Plutonium und andere starkstrahlende Abfälle wurden versenkt. Aus einigen Einlagerungskammern treten über die geltenden Grenzwerte hinaus belastete radioaktiv kontaminierte Salzlaugen aus. Rund 12.000 Liter mit Salz angereichertem Wasser fließen täglich unkontrolliert aus dem umgebenden Gestein in den Salzstock und gefährden seine Standsicherheit. Ein Alternativenvergleich hat gezeigt, dass nur die Rückholung der Abfälle ausreichend Sicherheit schaffen würde. Was sich andeutet ist aber etwas anderes... das BMU sagt neuerdings: »Wegen dieser nicht unerheblichen Unsicherheiten hat sich das BMU in Abstimmung mit dem BfS dazu entschlossen, zurzeit keine endgültige Entscheidung für die Stilllegung der Schachtanlage Asse II zu treffen. Aufgrund der derzeitigen Erkenntnisse erscheint zwar die Rückholung der Abfälle als die beste Lösung, jedoch ausschließlich dann, wenn ein Großteil der Abfälle herausgeholt werden kann und tatsächlich kein Langzeitsicherheitsnachweis für die Vollverfüllung geführt werden kann«. Bis heute dauern die Untersuchungen, wie der Atommüll geborgen werden kann, an. Würde der Atommüll nicht geborgen, käme es also zur Flutung (sog. Vollverfüllung) des maroden Salzstocks. Doch dann ist klar, dass die Radioaktivität irgendwann herausgepresst wir. Das wäre katastrophal!

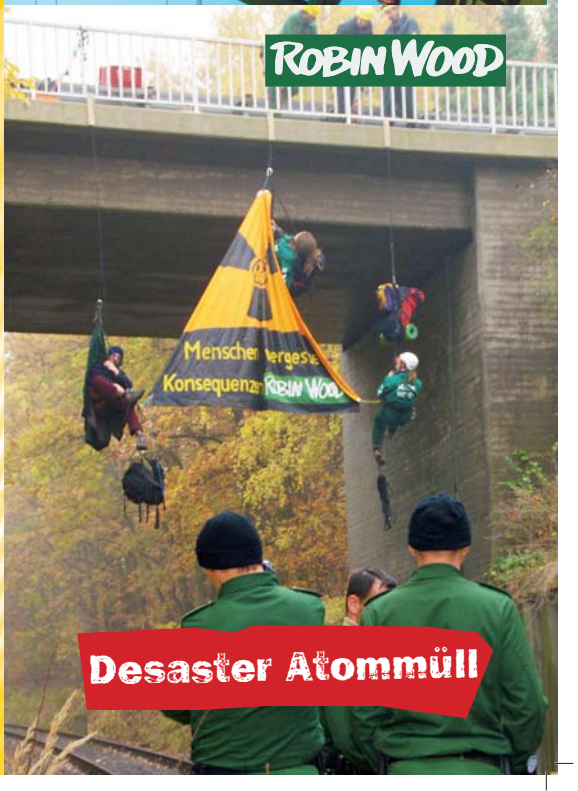
Schacht Konrad – genehmigt und sicher?

Im ehemaligen Eisenerzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter soll das Atommülllager für alle radioaktiven Abfälle mit »vernachlässigbarer Wärmeentwicklung« entstehen. Rund 90 Prozent der radioaktiven Abfälle aus der Atomenergienutzung entsprechen dieser Kategorie. Fast 290.000 Menschen hatten gegen dieses Endlager Einwendungen erhoben, die 1992/93 auf dem Erörterungstermin monatelang debattiert wurden. Nach langen Auseinandersetzungen mit Gutachtern und Fachleuten wurde im Mai 2002 der Planfeststellungsbeschluss erteilt. Danach dürfen maximal 303.000 m³ radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung eingelagert werden. Klagen gegen diese Genehmigung wurden vor dem OVG Lüneburg im März 2006 abgewiesen. Wesentliche Punkte waren die mangelnde Langzeitsicherheit, die nicht ausreichend untersuchten Auswirkungen von Störfällen, die Risiken beim Transport radioaktiver Abfälle sowie mögliche radioaktive Belastungen aus dem Normalbetrieb. Eine Verfassungsbeschwerde gegen dieses Urteil, in dem das OVG trotz der enormen Bedeutung nicht einmal eine Revision zuließ, scheiterte im Jahr 2008. Der Schacht Konrad gilt derzeit als atomrechtlich abschließend genehmigt und das BfS arbeitet am unterirdischen Ausbau, um den Schacht als Endlagerstätte vorzubereiten. War zunächst die Fertigstellung bis Ende 2014 geplant, verzögern sich die Bauarbeiten immer wieder. Derzeit gilt 2019 als Beginn für den Einlagerungsbetrieb radioaktiver Abfälle.

Endlagerdebatte

Nach der Katastrophe von Fukushima haben sich Fragen und Probleme auch zur Endlagerung weiter zugespitzt. So hat die von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingesetzte Ethikkommission mit Blick auf Gorleben u.a. die Frage der Rückholbarkeit atomarer Abfälle zu einem neuen und wichtigen Kriterium gemacht. Diese Frage wird international bereits seit einigen Jahren intensiv diskutiert und gewinnt nun auch in Deutschland an Bedeutung. Bis zur Klärung, ob und wie die Rückholbarkeit sicherheitstechnisch sinnvoll gestaltet werden kann, müssten somit die Arbeiten im Schacht Konrad und in Gorleben umgehend gestoppt werden.

Angesichts der bis heute ungelösten Atommüllentsorgung fordert ROBIN WOOD die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Die Endlagersuche muss komplett von vorn begonnen werden. Gorleben kommt aufgrund seiner rein politisch motivierten Auswahl und seiner ungeeigneten geologischen Situation als Standort nicht in Frage. Angesichts der enormen Verantwortung, die die Endlagerung radioaktiver Abfälle für einen Zeitraum von einer Million Jahren darstellt, müssen zunächst von der Bevölkerung anerkannte Sicherheitskriterien entwickelt werden. Erst auf dieser Basis können konkrete Standorte untersucht und miteinander verglichen werden.



1. Ausgabe, November 2011, Druck und Layout: Drucktechnik Altona
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

ROBIN WOOD – aktiv für die Energiewende

ROBIN WOOD tritt seit über zwanzig Jahren den Atom- und Kohlekonzernen entgegen und streitet für eine zukunftsfähige und effiziente Stromversorgung aus erneuerbaren Energien.
ROBIN WOOD startet Kampagnen und macht mit gewaltfreien Aktionen Öffentlichkeitswirksam auf Missstände aufmerksam.

Umfangreiche Informationen rund ums Thema Energie finden Sie unter:
www.robinwood.de

ROBIN WOOD ist bundesweit aktiv. Die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Mitglieder bildet die Basis des Vereins, sie entscheiden über alle Kampagnen, Strategien und größeren Ausgaben. Um unabhängig zu bleiben, finanziert sich ROBIN WOOD durch Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Machen Sie mit! Werden auch Sie Mitglied oder unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

Spendenkonto: Sozialbank Hannover
BLZ: 251 205 10, Konto: 84 555 00

ROBIN WOOD

Herausgeber:
ROBIN WOOD e.V. · Postfach 102 122 · 28021 Bremen
Tel.: 0421 59828-8 · Fax: 0421 59828-72
info@robinwood.de

ATOMKRAFT?
Aktiv für die Umwelt:
besser Ökostrom!
www.RobinWood.de